Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

August 2015 Nr. 08 · 11. Jahrgang

Stadt der Kinder – die Zehnte!

Vom 20. bis 30. Juli wurde im Nuthewäldchen am Schlaatz (Inselhof/Bisamkiez) die „Stadt der Kinder“ zum Leben erweckt, von Montag bis Freitag jeweils von 9 bis 16 Uhr, Mittagessen inklusive. Alle ProjektteilnehmerInnen – kleine wie große – erwartete eine erlebnisreiche Zeit, in der gemeinsam geplant, gehämmert, gesägt, gespielt, gebastelt und natürlich auch gefeiert wurde. Beim „Stadt der Kinder“-Projekt hatten die Kids in diesem Jahr bereits zum zehnten Male die Chance, sich frei auszuprobieren, Dinge mit den eigenen Händen zu erschaffen, selbstständig Erfahrungen zu sammeln und ihre eigenen Ideen, fern von der Erwachsenenwelt, umzusetzen.

In der ersten Woche wurde vor allem gebaut – so richtig aus Holz, mit echtem Werkzeug und ganz nach den Ideen der Kinder entstanden Häuser und Gebäude, die bis zu 2,5 Meter hoch wurden.



In der zweiten Woche wurden die Häuser mit Leben gefüllt, die Kinder konnten in und mit ihrer Stadt spielen. Es war städtisches Leben im Kleinen entstanden – mit Geschäften und Café, Theater oder Kino, Bibliothek, Rathaus, Polizei und was den Kindern sonst noch alles eingefallen war. Nebenher gab es wie immer die Stadtpresse, Sport, Spiel und Bastelangebote. Natürlich alles unter dem Grundsatz demokratischer Entscheidungsstrukturen. Vielleicht wurden sogar Wünsche über eine Stadt der Zukunft wahr?



Mehrere gemeinnützige Potsdamer Organisationen hatten sich zusammengetan, um die „Stadt der Kinder“ erneut zu verwirklichen. Das Ganze konnte aber nur stattfinden, weil viele mit anpackten. Finanzielle Förderung erhält das Projekt vor allem durch die freundliche Unterstützung der Landeshauptstadt Potsdam. Auch die ProPotsdam GmbH hatte Mittel zugesagt und weitere Gewerbetreibende und Privatpersonen unterstützten das Projekt durch Geld-, Sach- und Zeitspenden.

Nein zur Erpressung! Ja zur Solidarität mit Griechenland!

Persönliche Erklärung von Niema Movassat, MdB/DIE LINKE zu den Griechenlandhilfen

Ich werde in der heutigen Abstimmung mit „Nein“ stimmen. Dies geschieht im Wesentlichen aus folgenden Gründen:

1. Die griechische Regierung wurde unter größtem Druck faktisch gezwungen, der vorliegenden Vereinbarung zuzustimmen. Dieses „Hilfspaket“, das antisozial und antidemokratisch ist, wurde erpresst. Griechenland hatte die Wahl zwischen Pest und Cholera: Entweder die Regierung stimmt zu – und muss massive Kürzungen vornehmen und sich entmündigen lassen. Oder sie stimmt dagegen und es kommt zum unkontrollierten Grexit – mit gravierenden humanitären Folgen. Dieses „Hilfspaket“ hat faktisch dieselbe Wirkung, als ob man jemanden in einen Raum sperrt, ihm eine Pistole in die Hand drückt und sagt „Du weißt was zu tun ist“.

2. Die Vereinbarung ist antidemokratisch. Die Souveränität Griechenlands wird ausgehebelt. Nahezu jede Maßnahme der Regierung muss in Zukunft mit der EU, der EZB und dem IWF abgesprochen werden. Personen, die dazu nicht demokratisch legitimiert sind, werden in Zukunft entscheiden, welche Gesetze Griechenland verabschieden darf und welche nicht. Dies spottet jeder demokratischen Gepflogenheit.

3. Die Vereinbarung ist antisozial. Renten werden gekürzt. Löhne gesenkt. Menschen werden ihre Arbeitsplätze verlieren. Die soziale Lage ist bereits jetzt dramatisch: Die Hälfte aller Jugendlichen hat keine Arbeit. Die Armutsrate hat sich seit 2010 fast verdoppelt. Drei Millionen Griechinnen und Griechen haben keine Krankenversicherung. Menschen können sich lebensnotwendige Medikamente nicht leisten. Diese Situation wird sich durch die Bedingungen, an die die neuen Kredite für Griechenland gebunden sind, weiter verschärfen.

4. Die Vereinbarung ist ökonomisch fatal. Viele namenhafte Ökonomen (Wirtschafts-Nobelpreisträger Paul Krugman, Joseph E. Stiglitz, Heiner Flassbeck, Thomas Piketty, Jeffrey Sachs) haben die Austeritätspolitik und die Diktate in Richtung griechischer Regierung immer wieder scharf kritisiert. Denn sie zerstört die Chance auf Wachstum, zerstört Arbeitsplätze, zerstört die Chance, dass Griechenland irgendwann wieder auf die Beine kommt. Aber genau diese Politik wird nun fortgesetzt.

5. Ich halte das Agieren der Bundesregierung für unerträglich. Ohne den Bundestag zu informieren legte der Bundesfi-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Gegen Krieg und Gewalt!

Aufruf zum Weltfriedenstag

76 Jahre nach Beginn und 70 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges sind Krieg und Gewalt nach Europa zurückgekehrt. Von Afghanistan über den Mittleren und Nahen Osten bis hin zum Maghreb und der Ostukraine versinken immer mehr Länder in der von der neokolonialen globalisierten Welt entfesselten Barbarei.



Im Kampf gegen das vermeintlich „Böse“ treffen sie sich in der Ablehnung von Recht, Moral sowie von den mühsam errungenen Bestimmungen des Völkerrechts und den universellen Menschenrechten. Antisemitismus, Antikommunismus, Islamophobie und ein agressiver Neoliberalismus sind die ideologischen Werkzeuge im Kampf „Jeder gegen Jeden“.

Vom neuen Kalten Krieg in Europa kann der Weg bei der derzeitigen Lage sehr schnell zu einem „Heißen Krieg“ werden und wird dann ins Verderben der Menschheit führen, wenn wir nicht unsere Stimme erheben, um aus dem Teufelskreislauf von aggressiver Aktion, Reaktion und Kriegstreiberei herauszukommen.

Wir Potsdamer/innen appelieren an unsere Politiker/innen, der Mäßigung und der Vernunft Einfluss zu verschaffen und den Weg der Gewalt und des Krieges zu verlassen.
Krieg und Gewalt dürfen nicht mehr länger Mittel der Politik sein!

Wir rufen auf zur Kundgebung mit Kulturprogramm am Dienstag, 1. September 2015, 18.00 Uhr, Platz der Einheit, Potsdam, Mahnmal für den unbekannten Deserteur

Informationen der Redaktion:

Die Ausgabe von „Potsdams anderen Seiten“ für den September erscheint am 1. September 2015.
Redaktionsschluss ist am 24. August. Schwerpunkt ist „Waldstadt/Schlaatz“.

Die Redaktion

(Fortsetzung von Seite 1)

nanzminister einen Vorschlag für einen Grexit vor. Die Bundesregierung war in der gesamten Debatte bezüglich Griechenland Scharfmacher und hat alles getan, die griechische Regierung und die griechische Bevölkerung zu demütigen und zu entwürdigen. Besonders Deutschland, dass durch zwei Weltkriege Europa zweimal zerstört hat, stünde es gut zu Gesicht, einen Beitrag zu leisten, Europa zu einen und so Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Diese Bundesregierung macht das Gegenteil. Sie bedient nationalistische Stereotype. Sie spaltet Europa.

Ja, Griechenland braucht Hilfe. Aber dieses Paket, was der Bundestag heute *(17.07., d. Red.)* abstimmt, ist keine Hilfe. Es ist ein Knechtungspaket, ein Entdemokratisierungpaket, ein Sammelsurium der Entwürdigung eines ganzen Volkes. Ich will der Bundesregierung nicht das Verhandlungsmandat geben, ihre fatale Politik fortzusetzen. Deshalb stimme ich mit „Nein“.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; ***Sascha Krämer,*** Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam ***Bernd Martin*** (V.i.S.d.P.); ***Rainer Dyk,*** Redakteur; ***H. Jo. Eggstein,*** Layout; ***Renate Frenz,*** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Alle freuen sich, wenn die Saat aufgeht...

Vorgestellt: FreiGarten – gemeinschaftliches Gärtnern im freiLand

Wie seid Ihr auf die Idee gekommen das ehemalige Gelände der Flugzeugwerke zu beackern?

Für mich war es naheliegend, eine triste, versiegelte Fläche zum Blühen zu bringen – jeder Zentimeter Freiraum sollte genutzt werden, um grün zu werden, die Biodiversität zu erhöhen und nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Tiere die Aufenthaltsqualität in der Stadt zu steigern. Auf dem freiLand-Gelände haben wir zum Beispiel Fledermäuse, daher ist es sinnvoll, das Gelände so zu gestalten, dass sie leichter Futter finden. Durch Wildblumen z.B. erhöht sich die Dichte der Insekten und somit finden die Fledermäuse mehr oder besser Nahrung. Bienen sollten man sowieso so viel Nahrung wie möglich bieten, denn sie sind essentiell für unser Ökosystem – von dem wir alle abhängen.



Alexa Junge ist Ethnologin und arbeitet als Kulturmanagerin im Bereich Tanz und kulturelle Bildung in Berlin und Potsdam. Zur Zeit macht sie die Ausbildung zur Permakultur-Designerin. Das dringende Bedürfnis, ins Handeln zu kommen “für die Erde”, hat sie zur Permakultur geführt. Daraus ist auch der freiGarten (www.freigartenpotsdam.org) im Kulturzentrum freiLand entstanden: eine Initiative von Menschen, die Lust auf Gärtnern, Lernen und Ernten haben.

Fotos: Redaktion/rd



Gibt es eine Konzeption, die einem gewissen Grundgedanken folgt?

Der freiGarten bietet Fläche an für diejenigen, die Gärtnern und Ausprobieren wollen. Für mich sind die Prinzipien und Methoden der Permakultur die Grundlage meines Tuns. Permakultur bedeutet Gestaltung - nicht nur von Gärten und Landwirtschaft, sondern auch Gestaltung des eigenen Lebens. Ich möchte ausprobieren, wie nachhaltiges Leben im urbanen Kontext funktionieren kann: im Hinblick auf die “Fürsorge für die Erde”, den ökologischen Fußabdruck, Anbau und Ernte von essbaren Pflanzen, aber auch, was Humusaufbau und das soziale Miteinander betrifft. Es geht um die Gestaltung, wie wir in Zukunft in Städten leben wollen!

Zu einer zukunftsweisenden Entwicklung gehört auch ein neues Verhältnis zwischen Stadt und Land. Unser Einfluss als Stadtbewohner auf Arbeitsverhältnisse, Ökosysteme und auch Migrationsbewegungen auf dem Land ist enorm. Durch Formen Solidarischer Landwirtschaft, durch Kooperationsprojekte mit Höfen und Initiativen in ländlichen Raum (z.B. Erhaltung von Saatgut / Pflanzentauschmärkte), durch partizipatives und gemeinsame politische Bildungsarbeit können urbane Gärten als Brücken zwischen Stadt und Land verstanden werden.

Was habt Ihr in diesem Jahr angebaut?

Wir haben verschiedene Gemüsebeete angelegt mit unterschiedlichen Mischkulturen – im Prinzip ist es ein Learning by doing – ein großes Experiment. Z.B. habe ich die „Drei Schwestern“ angelegt – das Milpa-System aus Mittelamerika, was eine alte und bewährte Form der Mischkultur ist: Mais, Bohne und Kürbis. Wir haben sehr viel Kartoffeln, Sorte Linda, weil uns davon ein großer Sack geschenkt worden ist. Generell lebt der freiGarten vorrangig von Spenden: wir säen oder pflanzen das, was uns geschenkt wird.

Z.B. haben wir eine sehr großzügige Kompost-Spende bekommen und Grassamen und somit konnten wir neue wunderbare Rasenfläche anlegen, die zum Sitzen einlädt – vorher war die Fläche mit Pflastersteinen versiegelt. Ansonsten haben wir noch Meerrettich, Buschbohnen, Zucchini, Kürbis, Mangold, Salat, Tomaten und vieles, vieles mehr! Außerdem habe ich eine Schmetterlingstankstelle angelegt mit Fraß- und Weidepflanzen für Schmetterlinge.

Für mich ist es wichtig, die Wildnis stehen zu lassen: wir lassen willentlich Felder von Brennsesseln stehen, denn – wie jeder Gärtner weiß – ist ihr Wert unschätzbar für Mensch und Tier. Da stoße ich allerdings manchmal auf Widerstand und muss Überredungsarbeit leisten – denn das Thema „Unkraut“ hat sich leider in das kollektive Gedächtnis eingebrannt und muss erstmal wieder „durchbrochen“ werden. Oft sind die „Unkräuter“ die mächtigsten unserer heimischen Heilpflanzen!

Habt Ihr schon etwas geerntet?

Dieses Jahr noch nicht so viel – jetzt werden aber gerade die Erdbeeren reif, die Johannisbeeren, die ersten Frühkartoffeln kann man aus dem Boden holen und die Radieschen sind schon aufgegessen. Wenn die große Zucchini-Schwemme kommt, muss der Mittagstisch im freiLand eventuell darauf regieren, denn wenn wir uns in der Gemüseproduktion verbessern, könnte es auch ein schönes Zusammenspiel zwischen Café und Garten werden! Kräuter haben wir jetzt schon im Angebot, v.a. essbare Wildkräuter wir Borretsch, Melde, Schafgarbe und Rauke.

Welche Resonanz gibt es in der Öffentlichkeit?

Je mehr blüht und wächst, desto mehr nehmen die Menschen, die ins freiLand kommen, auch wahr, dass sich da jemand drum kümmert. Die Sitzflächen, die entstanden sind und von Blumen umsäumt sind, werden gerne genutzt. Das Feedback, dass wir bekommen, ist sehr erfreulich. Außerdem gibt es auch viele andere Gemeinschaftsgartenprojekte in Potsdam und auch das wird zunehmend wahrgenommen! Wir bekommen Anfragen für Spenden, Nachfragen, ob Leute mitmachen können (was jeder gerne jederzeit machen kann!) und alle freuen sich mit, wenn die Saat aufgeht!

Ostrentner weiter „in der Holzklasse“

Wieder einmal ist eine Chance zur Beseitigung der Ungerechtigkeit bei der Rentenüberleitung von der großen Koalition vertan worden. Wieder einmal blieben von den aufgeblasenen Backen der CDU/SPD-WahlkreiskandidatInnen aus der Bundestagswahl nichts als heiße Luft übrig. Wieder einmal blieb es allein der LINKEN ‚vorbehalten´, im Deutschen Bundestag für Rentengerechtigkeit zu kämpfen. Vor allem im Petitionsausschuss des Bundestages waren in den letzten Wochen zahlreiche Petitionen eingegangen.

Nach diesem Paukenschlag der Koalition besteht für die laufende Legislaturperiode keine Hoffnung mehr für die Beseitigung von Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung“, kommentiert Kersten Steinke, für die Fraktion DIE LINKE, Mitglied im Petitionsausschuss, die Ablehnung einer ganzen Reihe von Petitionen zu Fragen der Rentenüberleitung durch die Koalitionsmehrheit im Ausschuss. „Wir werden bei diesem Thema nicht locker lassen. Die himmelschreiende Ungerechtigkeit wird auch weiterhin dazu führen, dass es zahlreiche Beschwerden und Eingaben gegen diese Diskriminierung geben wird.“ Steinke weiter: „In allen Legislaturperioden der Fraktionen der PDS bzw. der LINKEN im Bundestag haben wir uns mit umfangreichen zielgenauen Anträgen um die Verbesserung der Rentenüberleitung von 1991 bemüht. Mit ihr wurde die Überleitung aller Ansprüche der DDR ins bundesdeutsche Rentensystem vorgenommen. Im Einsatz für die Beseitigung von Ungerechtigkeiten sind wir von den wechselnden parlamentarischen Mehrheiten im Bundestag stets abgeblockt und hingehalten worden. Dennoch hatten die betroffenen Rentnerinnen und Rentner immer noch so viel Hoffnung, dass sie sich durch Petitionen in allen Legislaturperioden seit der Einheit vertrauensvoll an das Parlament gewandt haben.



Mit einem Federstrich wurden auch diese Hoffnungen heute von den Regierenden zerstört, viele einschlägige Petitionen von der Koalition kraft ihrer Mehrheit abgewiesen. Besonders unerträglich ist dabei, dass diejenigen, die sich jahrzehntelang verweigert und alle unsere konstruktiven Rentenverbesserungsvorschläge abgewiesen haben, sich auf die lange Zeit seit Wirksamwerden der Rentenüberleitung berufen mit dem Hinweis, dass nun nach 25 Jahren nichts mehr getan werden könne.

Diese Politik des Hinhaltens und Blockierens gerade in existenziellen sozialen Fragen beschädigt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltungskraft und den Gestaltungswillen der Politik. Es ist ein Tiefpunkt parlamentarischer Arbeitsverweigerung. In der Sache betroffen waren heute 83 Petitionen zum fehlenden rentenrechtlichen Versorgungsausgleich DDR-Geschiedener, elf Petitionen zur gekürzten Versorgung von DDR-Professorinnen und Professoren, 22 Petitionen mit 73.573 Unterstützerinnen und Unterstützern gegen rentenfremde Sanktionen pauschal staatsnah eingeordneter Menschen, die zum Teil auch nach der Einheit anerkannt und verlässlich, zum Beispiel beim Zoll und der Bundespolizei, gearbeitet haben, 328 Petitionen mit 3.318 Unterstützerinnen und Unterstützern zum Bruch der Rentenzusagen bei DDR-Beschäftigten des Gesundheits- und Sozialwesens sowie 49 Petitionen zur Nichteinbeziehung von Rentnerinnen und Rentnern in die Altersversorgung der sogenannten technischen „Intelligenz.“

Harald Petzold, MdB

Kitaqualitätsgesetz für gute Betreuung nötig

„Die veröffentlichten Zahlen zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren sind kein Grund zur Freude. Sie verdeutlichen einen Rückgang des Kita-Ausbaus einhergehend mit dem Rückgang der Investitionszuschüsse seitens des Bundes“, sagt Norbert Müller, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Daten zur Kinderbetreuung. Müller weiter: „Seit 2009 wurden noch nie so wenig neue Kitaplätze geschaffen wie im vergangenen Jahr. Dabei sind die Defizite, die insbesondere in manchen westlichen Bundesländern ins Auge stechen, offensichtlich: zu wenig Plätze, zu geringe Öffnungszeiten, teilweise Mittagsschließzeiten. Statt den Ausbau und Betrieb von Kitas zu fördern und sich für eine bessere Qualität in der Kinderbetreuung mit einem Kitaqualitätsgesetz einzusetzen, hat sich Familienministerin Manuela Schwesig dazu entschieden, mit Schwerpunktthemen wie 24h-Kitas, Betriebskindergärten oder Sprachkitas einzelne Kitas und Betreuungsmodelle zu fördern. Das reicht allerdings nicht, um die Anzahl der fehlenden Plätze zu reduzieren und dort, wo die Qualität verbesserungswürdig ist, für Verbesserung zu sorgen. DIE LINKE fordert einen Ausbau der Kitabetreuung quantitativ und qualitativ. Dazu brauchen wir ein Kitaqualitätsgesetz und eine stärkere Beteiligung das Bundes an den Kosten für die Kinderbetreuung.“



Familienministerin Diana Golze begrüßt Entscheidung zum Betreuungsgeld

Das Bundesverfassungsgericht hat am 21. Juli 2015 das umstrittene Betreuungsgeld in seiner derzeitigen Form als verfassungswidrig gekippt. Das Gericht folgt damit den Argumenten der Hansestadt Hamburg, die gegen diese Leistung geklagt hatte. Eingeführt wurde das Betreuungsgeld 2013 auf Betreiben von CDU/CSU und FDP. Danach erhalten Eltern, die ihr Kleinkind nicht in eine Kita oder zu einer Tagesmutter schicken, monatlich 150 Euro.

Familienministerin Diana Golze: „Ich freue mich über das Urteil das Bundesverfassungsgerichtes. Es bestätigt mich in meiner Auffassung, dass dieses Betreuungsgeld die völlig falschen Anreize gesetzt hat. Natürlich sollen alle die Wahlfreiheit darüber haben, ob sie ihre Kinder zuhause betreuen oder in eine Kindertagesstätte bringen. Es ist eine große Ungerechtigkeit, der einen Elterngruppe 150 Euro im Monat zu zahlen und andere Eltern über Kitagebühren zur Kasse zu bitten. Der Bund sollte das Geld stattdessen dafür nutzen, unsere Kindertagesstätten noch besser auszustatten. Kita ist Bildung. Darum sollten wir auch die Wege zu einer Gebührenfreiheit von Kindertagesbetreuung weiter diskutieren. Die für das Betreuungsgeld im Bundeshaushalt bereitgestellten Milliarden sollten deshalb ohne Abstriche in den Bereich der frühkindlichen Förderung fließen.“

Nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes sind nun die Länder am Zug. Während Bayern schon vor der Urteilsverkündung ankündigte, ein Landesbetreuungsgeld zu erlassen, planen andere Länder den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung. Ministerin Golze: „Aus meiner Sicht ist es notwendig alles dafür zu tun, dass sich Mütter und Väter gleichermaßen um die Betreuung ihrer Kinder kümmern können. Das stärkt vor allem Frauen den Rücken, die in der Arbeitswelt immer noch zu oft wegen der Kinderbetreuung bei Verdienst und Karrierechancen benachteiligt werden. Durch die weitere Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote und familienunterstützenden Maßnahmen sollen in Brandenburg noch mehr Mütter die Chance bekommen, ihr ganzes Können im Beruf zu zeigen und sich dennoch liebevoll um die Familie kümmern zu können.“

1890

Erich Weinert geboren

Der deutsche Schriftsteller – geboren am 4. August 1890 - verfasste satirische Dichtungen und lyrische Werke, in denen er sich für die proletarisch-revolutionäre Bewegung stark machte und gegen Restauration, Nationalismus, Militarismus und Faschismus schrieb. Erich Weinert erlangte aber auch als Rezitator und Kabarettist Berühmtheit. Weinert lebte von 1933 bis 1945 in Moskau in der Emigration, wo er 1943 Präsident des Nationalkomitees „Freies Deutschland" wurde. Außerdem war er als Maler, Grafiker, Buchillustrator tätig.

1955

Neues aus der DEFA

Im DEFA-Studio für Spielfilme findet am 15. August die 1. Ökonomische Konferenz des Betriebes statt; Hans Rodenberg, Hauptdirektor der DEFA, unterstreicht: „Mit größter Anspannung aller Kräfte der Betriebsangehörigen wird es uns gelingen, unseren Produktionsplan für dieses Jahr zu erfüllen. Für das Jahr 1956 setzen wir uns das Ziel, mehr als 20 Spielfilme zu produzieren."
Am 18. August beginnen bei der DEFA die Dreharbeiten zu dem Film „Mutter Courage und ihre Kinder" unter der Regie von Wolfgang Staudte. Als Schauspieler sind u.a. verpflichtet: Simone Signoret, Sigrid Roth, Bernhard Blier, Ekkehard Schall, Joachim Teege und Erwin Geschonneck; als Berater wirkt Brechts Assistent am Berliner Ensemble, Manfred Wekwerth. Die Zwistigkeiten zwischen Brecht und Staudte lassen am Ende das Projekt platzen.

1965

Solidarität mit Vietnam

Zum „Fest der Völkerfreundschat" im Pionierhaus erscheinen am 14. August 320 Schüler und Pioniere zum Teil in Trachten verschiedener Länder; „Höhepunkt des Festes war der Stand der Solidarität, der das Ziel hatte, dass alle Ferienkinder ihre Verbundenheit mit dem um die Freiheit kämpfenden Vietnam bewiesen. Die emsig mitarbeitenden Pioniere konnten nach Abschluss des ersten Teils des Festes die freudige Nachricht bringen, dass 700,- MDN durch das Sammeln von Altstoffen, den Verkauf von Ernteprodukten aus dem Schulgarten und von Bastelarbeiten zusammengekommen war. [...] Alle Kinder setzten ihre Unterschrift auf die ausliegenden Freundschaftsbänder." (MV, 15. 08. 1965); im großen Saal findet eine bunte Veranstaltung statt. *-rt*

1945 – Atombomben
auf Hiroshima und Nagasaki

Am 6. und 9. August 1945 warfen US-Kampfflugzeuge auf Befehl des damaligen US-Präsidenten Harry S. Truman Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Es war das erste Mal, dass diese verheerende Waffe gegen Menschen eingesetzt wurde. Mindestens 155.000 Menschen starben sofort, weitere 110.000 innerhalb weniger Wochen durch die radioaktive Verstrahlung. Bis heute sterben Menschen an Spätfolgen wie Krebs.

Mit dem Einsatz der Atombombe wollten die USA vor allem ihre militärische Überlegenheit beweisen, um den sowjetischen Staatschef Josef Stalin einzuschüchtern. Stalin meldete auf der Potsdamer Konferenz immer größere Ansprüche an. Dort berieten die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs über die Zukunft Deutschlands nach dem Ende des Nationalsozialismus: Frankreich, Großbritannien, die USA und die Sowjetunion. Stalin kündigte auch an, in den Krieg gegen Japan einzugreifen.

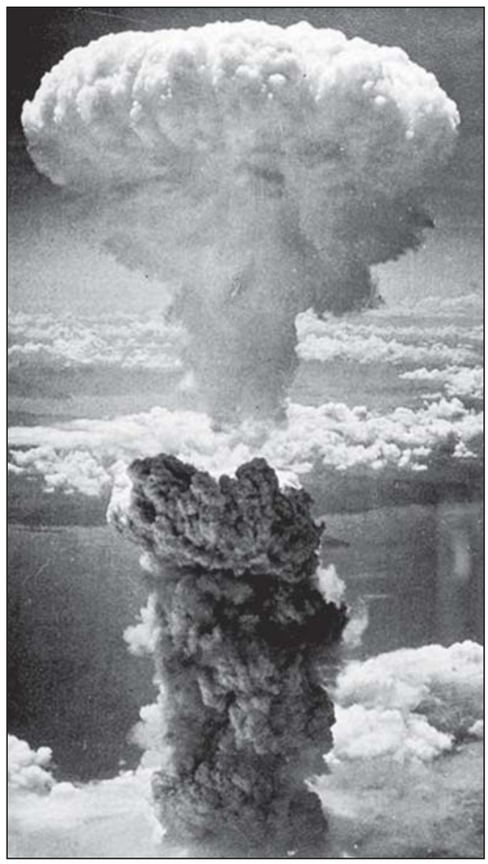
Die USA und auch Präsident Truman waren darüber informiert, dass Japan praktisch kampfunfähig war. 60 Prozent der japanischen Großstädte waren zerstört, ebenso die größte Flotte und die Luftstreitkräfte. Die amerikanische Luftaufklärung hatte die Lage im Juli 1945 so eingeschätzt, dass Japan kurz vor der Niederlage stand. Am 9. Juli hatte der japanische Botschafter Sato Naotake in Moskau bereits um Friedensverhandlungen gebeten. Am 16. Juli 1945, kurz vor dem Bombenabwurf auf Hiroshima und einen Tag vor Beginn der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945, war die erste Atombombe in einem Test im US-Bundesstaat New Mexico gezündet worden.

Mit „Little Boy" über Hiroshima

Der US-Bomber „Enola Gay" startete am Morgen des 6. August 1945 in Richtung Hiroshima - befrachtet mit einer 4,5 Tonnen schweren Atombombe. Die Waffe hatte eine Länge von drei Metern und einen Durchmesser von fast einem Meter.

In 580 Metern detonierte die erste Bombe über der Innenstadt von Hiroshima. 43 Sekunden später hatte die Druckwelle 80 Prozent der Innenstadtfläche zerstört. Feuer mit einer Innentemperatur von über einer Million Grad Celsius brach explosionsartig aus. Die Hitze ließ noch in über zehn Kilometern Entfernung Bäume in Flammen aufgehen. Fast alle Häuser wurden zerstört.

Der Atompilz stieg bis in 13 Kilometer Höhe auf. 20 Minuten später prasselte radioaktiver Niederschlag auf das Gelände. Bei den Menschen, die direkt von der Explosion betroffen waren, verdampften regelrecht die obersten Hautschichten, die Druckwelle zerfetzte Lunge und Gewebe. Die nukleare Strahlung führte zu Haarausfall und roten Flekken am ganzen Körper. Die radioaktiv verseuchten Menschen starben qualvoll noch Wochen nach dem Bombenabwurf an inneren Blutungen. Die Atombombe „Little Boy" („Kleiner Junge") löschte Hiroshima fast vollständig aus.



Der Atompilz über Hiroshima, fotografiert aus dem Flugzeug, das die Bombe abwarf.

(Quelle: USA Federal government)



Dieses Mädchen aus Hiroshima war elf Jahre alt, als sie radioaktiv verstrahlt wurde. Sie starb 20 Jahre später an Krebs. (Quelle: Shunkichi Kikuchi)

Die zweite Atombombe traf Nagasaki

Bis heute erkranken viele Überlebende der Atombombenabwürfe an Krebs und sterben. Nachdem der japanische Kaiser die bedingungslose Kapitulation weiterhin nicht unterzeichnete, wurde der Abwurf einer zweiten Nuklearwaffe über der Stadt Kokura vorbereitet. Durch die starke Bewölkung an diesem Tag konnten die US-Piloten ihr Ziel jedoch nicht ansteuern und änderten ihren Kurs auf ihr „Ausweichziel": die Hafenstadt Nagasaki. Drei Tage nach der verheerenden Explosion über Hiroshima, am 9. August 1945, traf auch die Menschen in Nagasaki völlig unvorbereitet das schreckliche Schicksal. Zum ersten Mal kamen diese vernichtenden Waffe im Krieg zum Einsatz. Am 15. August kapitulierte Japan schließlich und der Zweite Weltkrieg war vorbei.

Falsche Begründung

Nach offiziellen Angaben des US-amerikanischen Kriegsministers Stimson zufolge lag der Zweck des Atombombenabwurfes darin, „den Krieg schneller zu einem erfolgreichen Ende zu bringen, als es sonst der Fall wäre, und so Amerikanern das Leben zu erhalten."

Es existieren jedoch zahlreiche Belege dafür, dass die USA nicht in erster Linie an der Beendigung des Krieges und der Rettung amerikanischer Soldaten interessiert waren. Eigentlich ging es der US-Führung um ein wissenschaftliches Feldexperiment und die Demonstration ihrer militärischen Überlegenheit.

Heute weiß man jedoch, dass diese Begründung falsch war. Zwar kapitulierte Japan wenige Tage nach dem Atombombenabwurf, aber auch ohne diesen hätte Japan den Krieg schnell beenden müssen.

Der eigentliche Grund für den Abwurf der Atombombe war, der Welt und insbesondere der Sowjetunion zu zeigen, dass die USA über Atomwaffen verfügt, dass diese funktionieren und dass diese eine ungeheure Zerstörungskraft haben. *Bernd Martin*

Mehr Personal für Gesundheit und Pflege – auch in Potsdam!

Auf Bundesebene muss endlich die Krankenhausfinanzierung grundlegend reformiert werden, das DRG-System gehört abgeschafft. Nur dann kann endlich wieder so viel Personal eingestellt werden, wie mindestens nötig ist, um eine normale Versorgung der PatientInnen zu gewährleisten. Deswegen fordern wir eine verbindliche gesetzliche Personalbemessung! JETZT!!!



Chance für Erhalt des „Minsk" leichtfertig verspielt

Der Bau des Sport- und Freizeitbades am Brauhausberg geht in großen Schritten voran. Im Dezember nächsten Jahres soll das neue Bad eröffnet werden. Im Bebauungsplan für diese Fläche ist die Option enthalten, dass das ehemalige Terassenrestaurant „Minsk" nicht abgerissen, sondern einer neuen Nutzung zugeführt wird. Voraussetzung dafür war, dass sich ein Käufer mit einem interessanten Nutzungsvorschlag für diese Immobilie findet. Dazu führten die Stadtwerke ein Interessenbekundungsverfahren durch. Aus diesem Verfahren ging der Landessportbund als bester Bewerber heraus. Der LSB plante, im „Minsk" eine sportbetonte Kindertagesstätte einzurichten. Dafür war der LSB bereit, über sein ursprüngliches Gebot noch einmal deutlich hinaus zu gehen und den von der Stadt nachträglich festgelegten Kaufpreis von 1,5 Millionen Euro zu zahlen. Voraussetzung dafür war allerdings, dass dieses Vorhaben in der Kita-Bedarfsplanung der Stadt Berücksichtigung findet. Seit Anfang dieses Jahres führte der Oberbürgermeister dazu persönlich Gespräche mit dem LSB. Auf meine Anfrage wurde jetzt mitgeteilt, dass die Kita im „Minsk" nicht gebraucht würde und deshalb auch nicht in den Bedarfsplan der Stadt aufgenommen wird. Unter dieser Voraussetzung hat der LSB sein Angebot zurückgezogen. Ich bin mir sicher, dass der Oberbürgermeister bei gutem Willen einen Weg für die Einrichtung einer Kita am Brauhausberg und den Erhalt des „Minsk gefunden hätte. Damit ist eine große Chance verspielt worden. *hjs*



Planungswerkstatt Lustgarten verhindert Bürgerbeteiligung

Die im vergangenen Jahr gestartete Planungswerkstatt zum Lustgarten soll Grundlage für eine Überarbeitung der Sanierungsziele für diesen innerstädtischen Raum sein. Das mit mehr als einer halben Mio. € komplett aus Fördermitteln des Landes finanzierte Verfahren steht kurz vor dem Abschluss. Der größte Teil dieser Mittel wurde genutzt, um sieben handverlesene Planungsbüros für ihre Vorschläge zu einer Neugestaltung des Lustgartens zu honorieren. Nachdem die Planungsbüros ihre Vorstellungen für den Lustgarten vorgelegt hatten, bestand für die Potsdamerinnen und Potsdamer die Möglichkeit, sich zu diesen Entwürfen zu äußern. Allerdings gingen alle Gestaltungsentwürfe von einem Abriss des Hotels Mercure aus, da eine der Vorgaben für die Planer darin bestand, eine Sichtbeziehung zwischen dem Neptunbecken und dem neuen Landtag herzustellen. Genau das ist aber der hauptsächliche Streitpunkt in der öffentlichen Diskussion. Das Verfahren hat sich als ungeeignet erwiesen, das zweifellos bei den Potsdamern vorhandene Interesse an dieser innerstädtischen Entwicklung zu mobilisieren.

Dabei sollte es nach dem Willen des Oberbürgermeisters eigentlich darum gehen, „dass der Lustgarten in der Neuen Mitte Potsdams künftig ein Garten der Bürger wird, den die Potsdamer schätzen und nutzen, weil sie selbst an der Gestaltung mitgewirkt haben." (Behörden Spiegel, Nov. 2014). Um dieses offensichtliche Defizit auszugleichen, hat die Linksfraktion mehrfach vorgeschlagen, eine Bürgerbefragung insbesondere zum künftigen Umgang mit dem „Mercure" durchzuführen, um ein repräsentatives Meinungsbild zur Gestaltung des Lustgartens zu erhalten. Unser erneuter Vorstoß für eine Bürgerbefragung in der Juli-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ist jedoch von der Rathauskooperation abgelehnt worden. Ohne eine Bürgerbefragung wird die Linksfraktion Änderungen zu den Sanierungszielen ablehnen.



Wieder im Spiel!

Auch wenn sie bei weitem nicht immer vergnügungssteuerpflichtig ist - die Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung - freue ich mich doch, nach einem guten Jahr Pause im September wieder dabei zu sein. So richtig weg war ich ja auch nicht: als Mitglied im Jugendhilfeausschuss und sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Bildung und Sport bin ich meinen Themen treu geblieben. Und da gibt es noch so viel zu tun: die weitere Entwicklung der Potsdamer Schulland-



schaft mit ihren zahlreichen neuen Standorten, die Umsetzung des Gesamtkonzeptes Schule-Jugendhilfe, mit dem wir die beiden Bereiche systematisch vernetzen und endlich Schulsozialarbeiter an jede Potsdamer Schule bringen wollen. Und auch bei der Entwicklung neuer Sportflächen für unsere wachsende Stadt haben wir noch großen Nachholebedarf. Und das sind nur drei Beispiele unter vielen. Spannend bleibt die Entwicklung Potsdams aber auch auf vielen anderen Gebieten - und sie braucht soziale, linke Angebote.

Zwei Anliegen waren und sind mir in meiner Arbeit besonders wichtig: Transparenz und Bürgernähe. Deswegen werde ich auch künftig bei Anträgen oder Projekten der Verwaltung immer das direkte Gespräch mit den Betroffenen suchen. Und ich bin auch für sie jederzeit ansprechbar. Damit Entscheidungen nachvollziehbar werden, werde ich - gemeinsam mit anderen Stadtverordneten - auch wieder im Facebook-Ticker live aus der SVV berichten - und gerne auch Fragen beantworten. Mischen auch Sie sich ein - ich jedenfalls werde es tun!

26. September: Potsdam gegen Überwachung

Neue Überwachungsgesetze und Kontrolltechnologien zerstören unsere Freiheit. Überwacht werden ganz normale Bürgerinnen und Bürger, gleichzeitig wurden beispielsweise das Nachrichtenmagazin Der Spiegel, das deutsche Außen- und Finanzministerium sowie die Europäische Zentralbank von den USA ausspioniert – mit Unterstützung des deutschen Bundesnachrichtendienstes (BND).

In Potsdam rufen wir deshalb gemeinsam mit anderen Vereinen und Parteien dazu auf, am 26. September ab 13.00 Uhr auf dem Platz vor dem Filmmuseum für eine freie Gesellschaft zu demonstrieren. Wir wollen eine freie, demokratische und offene Gesellschaft, die geprägt ist von Solidarität, freie Gedanken, Mut und Engagement. Deshalb treten wir bei der Demo auch ein für Whistleblowerschutz, die Förderung offener Verschlüsselungstechniken, freier Software und digitaler Selbstbestimmung für alle Menschen.

Demokratie lebt von freier Meinungsäußerung und privaten Rückzugsräumen. Seid dabei! *-sakraem*

26.9.2015 ab 13.00 Uhr

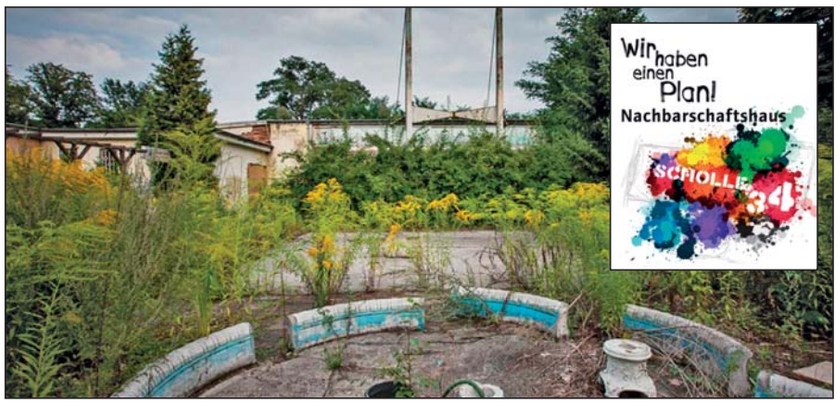
Demo „Freiheit statt Angst“
in Potsdam,Platz vor dem Filmmuseum (Breite Straße 1 A)

„Bedingungsloses Grundeinkommen“ – für und wider

Auf dem Bielefelder Parteitag verlief die Aussprache zum Bedingungslosen Grundeinkommen ungewöhnlich in der Form, sachlich und lebendig. Nach kontroversen Einführungsbeiträgen von Stefan Wolf und Ralf Krämer kamen bei einer Podiumsdiskussion (mit den Parteivorsitzenden) auch Delegierte im Saal zu Wort. Auch in unserem Ortsverband (Mitte/ Nord) wird dieses Thema kontrovers und teils sehr emotional diskutiert. Deshalb wird unser Stadtgespräch im September dieses Thema zum Inhalt haben. Als Gäste sind geladen Ringo Jünigk (Sprecher LAG BGE) und Ralf Krämer (VERDI). Wir freuen uns auf eine lebhafte Diskussion am **8. September ab 18 Uhr im Galeriecafé „11-lein“**. Alle interessierten Gäste sind herzlich willkommen, zur Einstimmung auf das Thema wird das erste Getränk „bedingungslos umsonst sein.“

Mit, für und durch die Nachbarn

Viele „Häuser“ unter einem Dach – große Vielfalt in der „Scholle 34“



Seit 2010 wird das Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V. von der Landeshauptstadt Potsdam im Rahmen der Nachbarschafts- und Begegnungshausarbeit in den Stadtteilen gefördert. Zahlreiche Plätze im öffentlichen Raum wie der Freizeit- und Spielplatz WESTKURVE in der Brandenburger Vorstadt, die Freifläche PLATTE im Haeckelkiez, der Seniorentreffpunkt Brückenbogen, die Stadtheide oder der Schillerplatz sind in den vergangenen Jahren mit Unterstützung des Stadtteilnetzwerks in Gemeinschaft mit den Nachbarschaften belebt worden.

Das Nachbarschaftshaus „Scholle 34“ soll vielen Aktivitäten Raum bieten. Die breitgefächerten Angebote stellen hohe Ansprüche an die Räume und sprechen verschiedene Zielgruppen aus der Nachbarschaft an. Die direkte Nähe der unterschiedlichen Aktivitäten unter einem Dach ermöglicht ein nachbarschaftliches Beisammensein über die einzelnen Gruppen hinaus.

Um die Vielfalt an möglichen Aktivitäten im Nachbarschaftshaus zu strukturieren und auch um unterschiedliche Raumtypen zu identifizieren, ist das Nachbarschaftshaus in verschiedene Teilhäuser gegliedert: HelleHaus, NetzwerkHaus, WerkHaus, Studiohaus, Bühnenhaus, GastroHaus und AußerHaus (der Gemeinschaftsgarten).

Diese Teilhäuser sind miteinander verbunden. Thematisch, inhaltlich und in der Verantwortlichkeit sind sie jedoch selbständig. So könnte eine Gruppe internationaler Gäste (z.B. Tänzer und Musiker, die zum “Plattenspieler” angereist sind) in einem Proberaum üben, der tagsüber als HelleHaus, Raum für eine Mutter-Kind-Gruppe bietet. Essen werden die Gäste am Mittagstisch, der im GastroHaus von den Mitarbeitern des NetzwerkHauses organisiert wird. Diese räumliche Überschneidung und die unmittelbare Nachbarschaft zu anderen Gruppen und Angeboten unterstreicht den offenen Charakter des Nachbarschaftshauses.

Der Bedarf an Räumen zum gemeinschaftlichen Leben im Stadtteil Potsdam-West ist groß. Das Stadtteilnetzwerk fördert gemeinschaftliche und nachbarschaftliche Aktivitäten im Stadtteil, verbindet engagierte Menschen und unterschiedliche Gruppen. Das Nachbarschaftshaus „Scholle 34“ ist der ideale Standort, um die kreative Vielfalt der Nachbarschaft an einem gemeinschaftlichen Standort für alle gewinnbringend lebendig werden zu lassen.

Interaktive Karte weist den Weg zum Badevergnügen

Interaktiv startete Brandenburg in die diesjährige Badesaison. „Mit der neuen Badestellenkarte ist es für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger und Gäste des Landes ein Leichtes, sich über die Badewasserqualität der zahlreichen Badestellen zu informieren“, sagte Verbraucherschutzminister Helmuth Markov, DIE LINKE, zum Beginn der Badesaison am 15. Mai. „Ich freue mich, dass von den 251 Badestellen im Land 245 das Prädikat „Ausgezeichnet“ erhalten haben. So kann jedermann unbeschwert ins kühle Nass abtauchen.“ Abrufbar ist die Karte unter der Adresse: www.badestellen.brandenburg.de



Bereits vor Beginn der Badesaison hätten die zuständigen Ämter mit einer Kontrolle des Ufers und der Entnahme von Wasserproben die Überwachung der Badestellen begonnen. Nach Vorliegen von ersten Untersuchungsergebnissen wird die jeweilige Badestelle dann zum Baden für die Badesaison frei gegeben. Seit vier Jahren wird neben aktuellen Hinweisen auch ein „Steckbrief“ mit wichtigen Angaben zur Badestelle veröffentlicht. Auch über das von der EU vergebene Prädikat wird auf der Karte im Internet und an jeder ausgewiesenen Badestelle informiert. Bis zum Badesaisonende am 15. September werden mindestens einmal pro Monat Wasserproben untersucht. Die Frequenz der Überwachung kann vorsorglich erhöht werden, wenn Veränderungen der Wasserqualität beobachtet werden. Während der Badesaison 2014 gab es an keiner Badestelle im Land eine Sperrung wegen eines verhängten „Badeverbots“.



Neben der neuen Karte werden zu jeder ausgewiesenen Badestelle auch wieder umfangreiche Informationen auf den Webseiten des Verbraucherschutzministeriums bereitgestellt. In der Badestellenkarte werden unter anderem die aktuellen Informationen zur Wasserqualität sowie zur Ausstattung und Erreichbarkeit der Badestellen gegeben. Jedes Badegewässer ist mit einem sogenannten „Badegewässerprofil“ ausgestattet, das eine allgemeine Beschreibung des Badegewässers hinsichtlich seiner physikalischen, hydrologischen und geografischen Eigenschaften beinhaltet und im Ernstfall auf Verschmutzungen oder Anfälligkeit von Algenentwicklungen hinweist. Alle ausgewiesenen Badegewässer werden von den Gesundheitsämtern entsprechend einem vor Beginn der Badesaison festgelegten Überwachungsplan kontrolliert und hinsichtlich der Badegewässerqualität überprüft. Durch regelmäßige Vor-Ort-Kontrollen innerhalb der Badesaison können Auffälligkeiten schnell erkannt, erforderliche Wasserproben genommen und Untersuchungen veranlasst werden. Sofern Beeinträchtigungen der Wasserqualität ermittelt werden, ergreifen die Gesundheitsämter umgehend geeignete Maßnahmen zu deren Beseitigung. Alle Informationen werden unmittelbar an der Badestelle und mit der Badestellenkarte im Internet veröffentlicht.

Maria Strauß
Pressesprecherin

Bürgertreff in Eiche gerettet

Der Bürgertreff Eiche war eine gute Adresse für den politischen Frühschoppen Rathausreport Live der LINKEN am Sonntag, 5. Juli. Zwar war es hier auch nicht kühler als unter der Sonne, doch war die Freude bei den Besuchern nicht zu übersehen, dass die Kündigung des Mietvertrages abgewendet wurde. Werner Pahnhenrich, als amtierender Ortsvorsteher anwesend, dankte dafür ausdrücklich der LINKEN, die sich für den Bestand des Burgertreffs stark gemacht hatte. Die Bedingungen seien geklärt, jetzt müsse nur noch der Mietvertrag mit dem Oberlinhaus, das das Gebäude des Bürgertreffs auf ihrem Gelände fur eine Erweiterung des Hortangebotes nutzen wollte, unterschrieben werden.

Die Fraktion der LINKEN hatte zur Juli-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag eingebracht, dass der Oberbürgermeister Möglichkeiten vorlegt, „wie die ehrenamtlich geleiteten Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in ihrer Aufgabenerfüllung durch finanzielle Unterstützung des Ehrenamtes weiter gestärkt werden können". Der Oberbürgermeister hatte den Auftrag ablehnen wollen und musste erst nach Verweis auf die Kommunalverfassung an seine Pflicht erinnert werden, berichtete Hans-Jürgen Scharfenberg. Der Antrag wurde in den Hauptausschuss überwiesen. Es gebe in der Stadt bei zehn Bürger- und Begegnungshäusern viele verschiedene Modelle der Förderung. Es gehe auch um die Unterstützung und Anerkennung des Ehrenamtes bei der Führung der Häuser.

Rückenstärkung bekam die LINKE in Eiche auch für andere Anträge. Hans-Jürgen Scharfenberg informierte, dass er eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet hat, ob die Verwendung von 520.000 Euro, die das Land für eine Bürgerbeteiligung zur Zukunft des Lustgarten zur Verfügung gestellt hat, mit der Planungswerkstatt zweckbestimmt eingesetzt wurden. In der Ausschreibung an sieben handverlesene Architekturbüros war das Mercure durch die Forderung nach Herstellung der Sichtachse zwischen Landtag und Neptunbecken praktisch bereits im Ansatz „beseitigt" worden.

Nachdem die LINKE bereits dreimal eine Bürgerbefragung zum Mercure gefordert hat, wurde sie in Eiche darin bestärkt, nicht aufzugeben.

Nicht aufgeben will eine Bürgerinitiative aus allen Parteien auch beim Thema Havelspange/Westtangente, war aber mit dem Vorstoß, den dritten Havelübergang in Potsdam zu schaffen, gescheitert. Es gehe darum, das Vorhaben im Bundesverkehrswegeplan zu halten. Da es keinen Beschluss der SVV dafür gab, werde die Bürgerinitiative ihren Vorschlag mit dem Gewicht von derzeitig 2280 Unterschriften direkt beim Bund einbringen.

(aus: Rathausreport 06/2015)

Wettbewerb 2015
Aktiv für Demokratie und Toleranz

Zum 15. Mal schreibt das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) den Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz" aus. Den Gewinnern winken Geldpreise im Wert von 1.000 bis 5.000 € und eine verstärkte Präsenz in der Öffentlichkeit. Damit unterstützt das von der Bundesregierung gegründete BfDT zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Bereich der praktischen Demokratie- und Toleranzförderung.

Demokratie bedeutet, sich in die Angelegenheiten vor Ort einzumischen und beginnt z.B. in der Familie, in der Schule sowie in der Freizeit. Wir wollen Einzelpersonen und Gruppen für ihr Engagement würdigen, die das Grundgesetz im Alltag auf kreative Weise mit Leben füllen.

Grundsätzlich sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt. Gesucht werden:

- vorbildliche und nachahmbare zivilgesellschaftliche Projekte aus dem gesamten Bundesgebiet, die bereits durchgeführt wurden.
- Projekte, die sich in den Themenfeldern des BfDT bewegen: Demokratie, Toleranz, Integration, Gewaltprävention, Extremismus, Antisemitismus.
- nicht die „einzigartige Aktion", sondern die Vielfalt des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Schwerpunkt sind in diesem Jahr vor allem Projekte, die sich einsetzen:

- für praktische Demokratie-, Toleranz- und Integrationsförderung,
- für Radikalisierungsprävention (z.B. gegen Islamismus und Salafismus),
- gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (z.B. gegen Antiziganismus, Antisemitismus, Rassismus, Muslimenfeindlichkeit, Homosexuellenfeindlichkeit).

Die Aktivitäten sollen hauptsächlich von Ehrenamtlichen getragen werden und sich in der Praxis bewährt haben.

Ausgeschlossen von der Teilnahme sind Beiträge, welche im Rahmen anderer Bundesprogramme gefördert werden.

Der Einsendeschluss für die kompletten Unterlagen ist der 27.09.2015 (Datum des Poststempels!).

Kontakt: Johanna Suwelack, Alicja Kunzika; Geschäftsstelle des Bündnisses für Demokratie und Toleranz; Bundeszentrale für politische Bildung, Friedrichstraße 50 in 10117 Berlin, Tel.: 030-254504-466. www.buendnis-toleranz.de



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Förderpreis der Luxemburg-Stiftung

Die Rosa Luxemburg Stiftung Brandenburg ist als Institution der politischen Bildungsarbeit vom Landesverband und der Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE als parteinahe Stiftung anerkannt.
Der jährliche Förderpreis unterstützt junge Autoren oder Künstler, deren Werk sich mit der Gesellschaft im Sinne Rosa Luxemburgs beschäftigt.
Die Förderung beträgt 500 Euro Preisgeld, die Übernahme der Druckkosten bis zu 250 Seiten (bei Texten) sowie 20 freie Autorenexemplare.

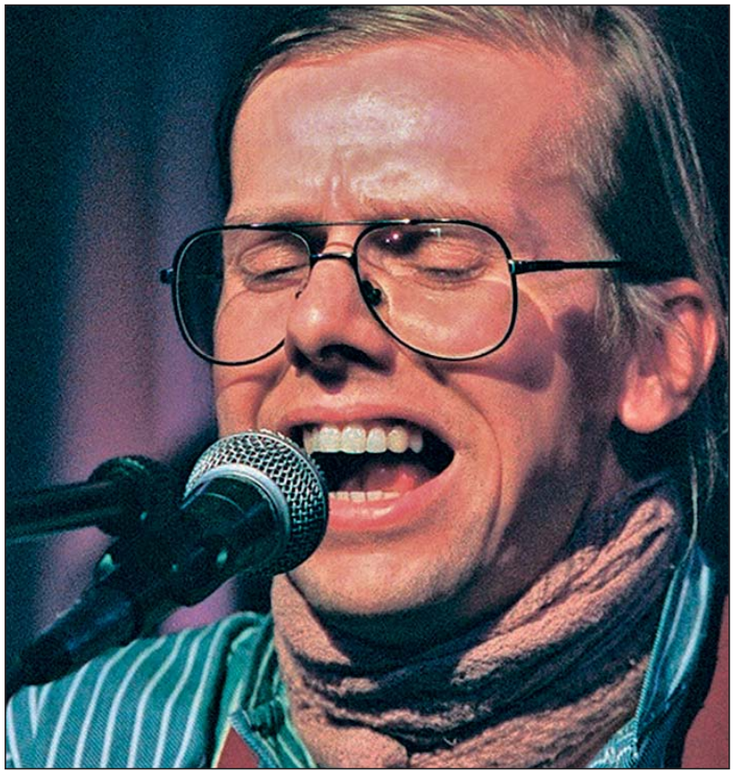
Wer nicht älter als 35 Jahre ist und ein wissenschaftliches, publizistisches oder künstlerisches Werk geschaffen hat, das die folgenden Voraussetzungen erfüllt...

- **Kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen unserer Zeit**
- **Analyse der bestehenden Wirklichkeit im Geiste Rosa Luxemburgs**
- **Orientierung am „eingreifenden Denken" im Sinne von Brecht und Bloch sowie**
- **Zusammenführung von Denkbarem und Machbarem**

... sollte sich bis Ende August bewerben.

Zur Bewerbung bitte außer dem Werk auch ein Exposé über Inhalt und Methodik der Arbeit, ein Gutachten bzw. eine Referenz sowie einen kurzen Lebenslauf bis zum 31. August einreichen. Über die Vergabe des Preises wird bis zum Oktober jeden Jahres entschieden. Die Übergabe des Preises erfolgt im Rahmen einer Veranstaltung zu Anfang des darauffolgenden Jahres.
Kontakt: Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, Dortustraße 53, 14467 Potsdam
E-Mail: info@bbg-rls.de Telefon: (0331) 8 17 04 32 website: brandenburg.rosa-lux.de

Eine Welt des Miteinanders (nicht) nur für einen Tag



1998 starb mit Gerhard Gundermann 43jährig ein herausragender Liedermacher, der seine Gesundheit für seine Lausitzer Heimatverbundenheit und sein multikulturelles Engagement geopfert hat.

Die Themen in Gundermanns Liedern sind von hoher aktueller Brisanz. Deshalb wird „freiLand" Potsdam mit einem Festival im Sinne Gundis Themen am 13.09.15 ein Zeichen für soziale Gerechtigkeit und eine aktive Willkommenskultur setzen. Auf den Bühnen gibt es von 12 bis 21 Uhr ein anspruchsvolles multikulturelles Programm für alle Generationen.

Mit dabei sind: STOPPOK, Die Seilschaft, EISBRENNER, Christian Haase, Hannes Kreutziger, Krogmann, RUDY, Ruben Wittchow, Erich Fried Chor, Carmen Orlet & Hugo Dietrich, Steinlandpiraten, UNBEKANNT VERZOGEN und weitere Künstler vom Benefizalbum "Gundis Lieder- Gundis Themen" zu Gundermanns 60.

Außerdem werden Dokumentarfilme zum Themenkreis sowie die vom amerikanischen Filmemacher Matt Sweetwood erstellte filmische Botschaft zu Gundis Lieder – Gundis Themen aufgeführt.

Auf dem 12.000 m² -freiLand Gelände wird sich ein großer Markt der Vielfalt und des Miteinanders entfalten.

Weitere Infos gibts unter: www.facebook.com/GundisLiederGundisThemen

Ausstellung von Gerd Eggers

Am Freitag (10. Juli) eröffnete in der Alleestraße 3 in Potsdam, der Geschäftsstelle der LINKEN des Landes Brandenburg, eine Ausstellung mit dem Titel „Poesie und Fotografie".

Auf 14 Fotoschautafeln bringen Gerd Eggers und der Fotograf Lephilosoph ihre lyrische Sicht und bildhaften Entdeckungen in und um Potsdam auf sinnlich beeindruckende Art dem Leser und Betrachter nahe. Mit seiner ausdrucksstarken Poesie zeigt Eggers uns seine Heimat und ihre Menschen auf eine zum Teil nachdenkliche, wie kritische Art.

Das bildhafte gedankenreiche Ausdrucksvermögen der Gedichte von Gerd Eggers zwingen zum Mitdenken, erzeugen Bilder im Kopf, die durch die Fotografien verstärkt werden und sich zu einer einheitlichen Symbiose verbinden.

Der kostenfreie Besuch der Ausstellung ist bis Ende September in den unteren Räumen des Hauses zu den Büroöffnungszeiten 8 – 16.30 Uhr möglich

FANPROJEKT VON BABELSBERG 03 GEEHRT

Die Zeitschrift „11FREUNDE Magazin für Fußballkultur" lud am 11. Juli zur Meisterfeier 2015. Den Sonderpreis für die „Fanaktion der Saison" gewann in diesem Jahr der SV Babelsberg 03, der in Teamarbeit mit Fans und Fanprojekt die Flüchtlingsmannschaft „Welcome United 03" auf die Beine stellte. Alex Bosch vom Fanprojekt, die Spieler Ejike Uzoukwu, Abdihafid Ahmed, Initiatorin Manja Thieme und Vereinsfunktionär Thoralf Höntze nahmen die Auszeichnung entgegen. ***Foto: 11freunde.de***



SUDOKU

3				2				8
		9				5		
	6		4		9		7	
			2		7			
5		4	1		3	2		6
			5		8			
	3		9		5		4	
		5				8		
4				7				5

Auflösung Juli

4	**5**	8	**2**	7	**9**	6	**1**	3
2	3	1	**8**	5	**6**	4	7	**9**
6	7	9	1	**3**	4	2	5	8
5	**8**	6	4	1	2	9	**3**	**7**
3	**2**	4	**5**	9	**7**	8	**6**	1
9	**1**	7	6	8	3	5	**2**	**4**
8	4	2	7	**6**	1	3	9	5
7	6	3	**9**	4	**5**	1	8	**2**
1	**9**	5	**3**	2	**8**	7	**4**	6

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Dienstag, 04. und 18.08.2015, 14.00 Uhr:
„Ene, mene, muh - und raus bist du" - ein fröhlicher Nachmittag mit Spiel und Spaß und lustigen Geschichten mit Frau Anita Gruber als Spielmeisterin. *

Dienstag, 11.08.2015, 14.30 Uhr:
„Faszination Erde (5) - die Welt der Höhlen". Unser Planet - die Erde - reicht von den tiefsten Höhlensystemen der Welt bis zu den Himalaya-Gipfeln, von den Eiswüsten bis zum tropischen Dschungel, vom Kalahari-Ödland bis zu den farbenprächtigen Korallenriffen unserer Ozeane. Wir tauchen ab in spektakuläre Höhlen. *

Dienstag, 25.08.2015, 14.30 Uhr:
„Island - eine Insel aus Feuer und Eis" (1) Reykjavik und der Goldene Ring. Wir besuchen die größte Vulkaninsel der Erde, Island. *

Montag, 31.08.2015, 14.30 Uhr:
Musikalisch-literarische Stunde: „Heitere Klassik (Teil X) - der Berliner liebt Musike ..." Ein musikalisch-literarischer Nachmittag zum Sommerausklang mit dem Konzertpianisten Hartmut Valenske und der langjährigen Sängerin und Moderatorin des Landespolizeiorchesters Eva Dobrzinski-Petersein. *

Dienstag, 01.09.2015, 14.00 Uhr:
„Ene, mene, muh - und raus bist du - ein fröhlicher Nachmittag mit Spiel und Spaß" *

Dienstag, 01.09.2015,18.00 – 20.00 Uhr:
„Amboss oder Hammer - Gespräche über Kuba." In monatelangen Gesprächen tauschten der ostdeutsche Politiker Modrow und der eine Generation jüngere westdeutsche Journalist Hermsdorf ihre unterschiedlichen Erfahrungen in und Sichtweisen über Kuba aus. Das vorliegende Buch gibt einen Teil davon wieder.
Es ist zugleich Zeitdokument, Momentaufnahme und eine unverzichtbare Informationsquelle für alle, die sich ein Bild von den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu Kuba in den letzten 45 Jahren, dem gegenwärtigen Aktualisierungsprozess der Karibikinsel und dessen Bedeutung für die Perspektiven des Sozialismus machen wollen. Lesung und Gespräch mit Volker Hermsdorf (Journalist, Hamburg) und Hans Modrow (Berlin) **

Dienstag, 22.09.2015, 18.30 Uhr:
Film mit anschließender Diskussion: Wer Rettet Wen? - Die Krise als Geschäftsmodell auf Kosten von Demokratie und sozialer Sicherheit. Ein Film von Leslie Franke und Herdolor Lorenz. Mehr Infos zum Film: www.whos-saving-whom.org - RLS und Stadtfraktion DIE LINKE laden ein ins Kino Thalia. **

---

* Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11, Zentrum Ost
** RLS Brandenburg, Potsdam, Dortustrasse 53, 14467 Potsdam